

energie +

Das Debattenmagazin der UNITI

MITTELSTAND

1.2014
2,50 EUR

„Energie
muss
bezahlbar
bleiben“

WAS NRW-WIRTSCHAFTS-
MINISTER GARRELT DUIN FÜR DIE
ENERGIEWENDE FORDERT

Neue Koalition vor alten Aufgaben

Auch Gabriel und Hendricks brauchen die Wärmewende, um die Energiewende zu schaffen

Preishysterie

Warum Tank-Apps oft sinnlos sind

Neues KfW-Programm

Wie viel Wettbewerb in der Quartierssanierung steckt

save
the
date!



HEAT

DER KONGRESS FÜR MOBILE
UND SPEICHERBARE WÄRME

Am 4. November 2014 im dbb forum berlin

Der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. und das Institut für Wärme und Oeltechnik e. V. (IWO) sind zum dritten Mal Ausrichter des HEAT-Kongresses.

Mobile und speicherbare Energien zählen zu den wichtigsten Säulen der Wärmeversorgung in Deutschland und der mittelständische Energiehandel leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele.

Wo steht die Energiewende im Wärmemarkt ein Jahr nach der Bundestagswahl?

Dazu treffen sich wichtige Akteure des Wärmemarktes am 4. November 2014 im dbb forum berlin. Top-Aktuelle Vorträge und Diskussionen mit hochkarätigen Politikern bilden den Rahmen für die zentrale Netzwerkveranstaltung der Branche.

Mit über 200 Teilnehmern haben die vergangenen Kongresse gezeigt, wie wichtig dieser Treff für Unternehmer und Führungskräfte der Branche sowie Vertreter von Politik und Verbänden ist.

.....
Veranstaltungsort:

dbb forum berlin
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Veranstaltungsdatum:

4. November 2014
10:00 Uhr – ca. 18:00 Uhr
anschließend Get-together
.....



UNITI Bundesverband
mittelständischer
Mineralölunternehmen e. V.



Institut für Wärme
und Oeltechnik

Über die Trägheit der Masse



Udo Weber,
Vorstandsvorsitzender von
UNITI Bundesverband
mittelständischer Mineralöl-
unternehmen e.V.

**IHRE
MEINUNG
IST UNS
WICHTIG!**

SCHREIBEN SIE UNS

Ob Kritik, Anregung oder
Themenidee – wir haben ein
offenes Ohr für Sie. E-Mail an
dialog@uniti.de



Erfahren Sie mehr über UNITI.
Um das Internetvideo auf Ihrem Handy oder
Tablet anschauen zu können, brauchen Sie
eine QR-Reader-Applikation. Scannen Sie das
obenstehende Symbol mit Ihrer Handy-
kamera und es öffnet sich automatisch der
Multimedia-Inhalt.

Kennen Sie die Trägheit der Masse? Ich rede nicht von dem bekannten physikalischen Prinzip, sondern einem Phänomen, das längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen ist. Es beschreibt die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die bei der viel zitierten deutschen Sparsamkeit vorherrscht. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen.

Der Berufspendler, der im Jahr 20.000 Kilometer mit einem Auto unterwegs ist, kämpft verbissen um jeden Cent weniger an der Zapfsäule. Doch bevor man – wie es viele tun – Umwege durch die halbe Stadt im dichtesten Berufsverkehr auf sich nimmt, um sich an der gerade günstigsten Tankstelle geduldig in die Schlange zu stellen, empfiehlt sich der Griff zu Zettel und Bleistift. Verbraucht sein Pkw im Schnitt 8 Liter auf 100 Kilometer und tankt er stets für 5 Cent weniger, spart er pro Jahr 80 Euro. Das ist natürlich auch Geld, das man gern mehr in der Geldbörse hat. Aber nicht selten scheut der gleiche Sparfuchs beispielsweise den Wechsel von seinem Gas-Grundversorger zu einem Wettbewerber, so dass er jährlich gut und gern – offenbar bereitwillig – 120 Euro mehr für sein warmes Wohnzimmer bezahlen muss.

Woher die Preissensibilität kommt? Zunächst schaut der Verbrau-

cher immer dann genauer hin, wenn er aktiv kauft, anstatt vertraglich versorgt zu sein. Viele kennen weder den Preis für eine Kilowattstunde Strom noch nehmen sie ihre überflüssigen Versicherungen oder teuren Telefonverträge in den Blick.

Den Spritpreis aber sehr wohl – wozu der Verbraucher geradezu gesetzlich genötigt wird. Denn der Tankstellenmarkt ist neben der Gastronomie die einzige Branche, die Preise prominent auszeichnen muss. Aber im Gegensatz zum Restaurant, das sein Wiener Schnitzel in Zwölf-Punkt-Schrift bewirbt, müssen wir unseren Tarif übergroß auf Preismasten zur Schau stellen. Konsumforscher schreiben dem Kraftstoffpreis aus diesem Grund sogar Signalwirkung auf die Kauflaune der Kunden zu.

Die Diskussion um teuren Sprit führen die meisten somit aus dem Bauch – ungeachtet der realen Verteuerung der Kraftstoffe. Tatsächlich ist der reine Produktpreis abzüglich der steuerlichen Belastungen seit Beginn der 1980er-Jahre im Schnitt nur um rund 1,8 Prozent pro Jahr gestiegen. Da die Kaufkraft im selben Zeitraum auch zunahm, kosten Benzin und Diesel relativ gesehen kaum mehr als vor 30 Jahren. Eine Tatsache, die sich nur sehr langsam verbreitet. Da ist sie wieder, die Trägheit der Masse. ■



6

Schwerpunkt

Und der Wärmemarkt?
Warum die Große Koalition den Fokus erweitern muss

16

Kein Preis steht stärker in der Kritik:
Doch braucht es Tank-Apps?

10

Energiewende:
Kritik aus NRW



24

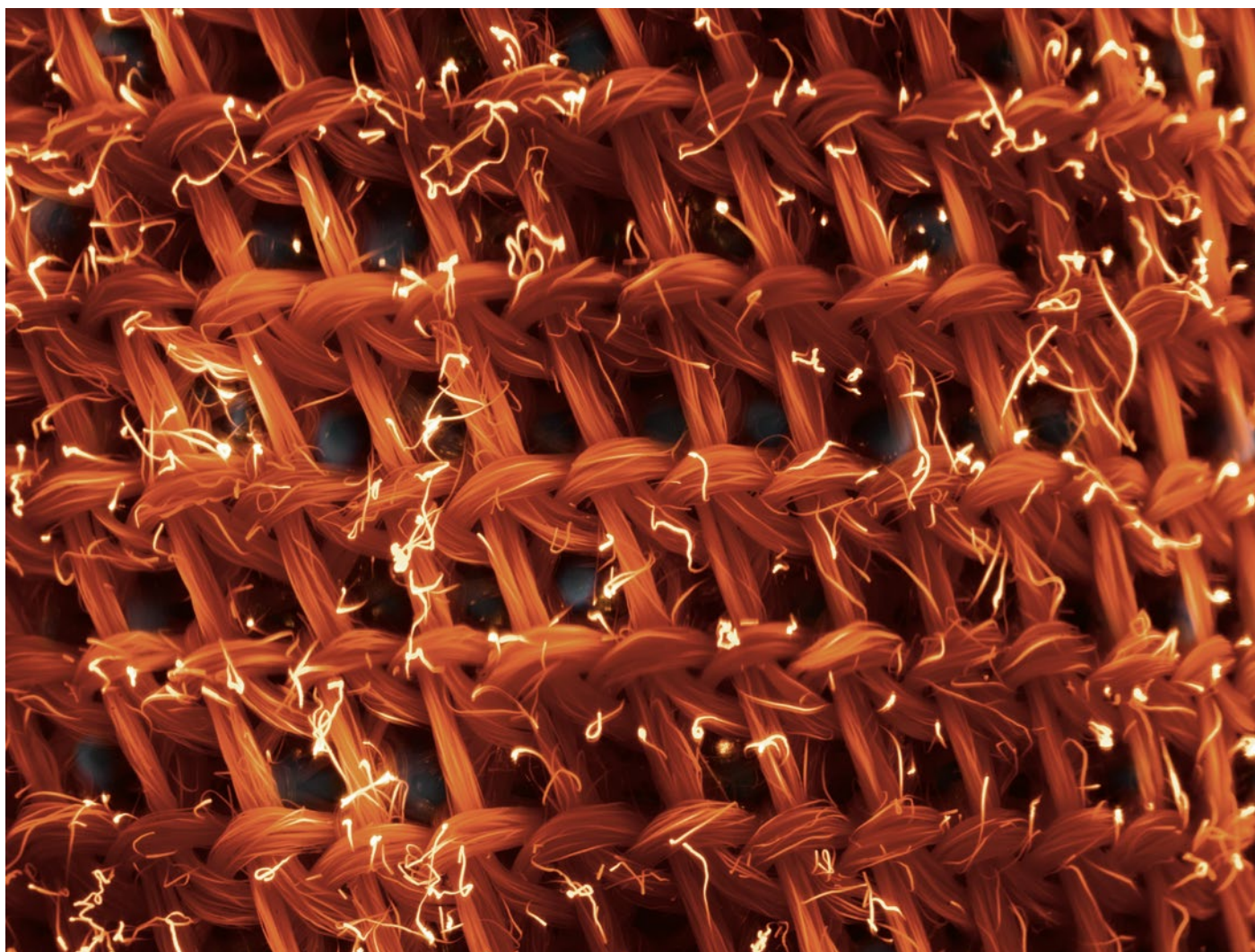
Förderprogramm zur
Marktbeseitigung?

- 5 . **Hingeguckt** *Oberflächenbrenner*
- 6 . **Schwerpunkt** *Zukunft der Energiepolitik*
- 10 . **Schwerpunkt** *„Energie muss bezahlbar bleiben“*
- 13 . **Klartext** *Die Energie-Kolumne*
- 14 . **Zur Sache** *Europawahl*
- 16 . **Report** *Preishysterie an der Zapfsäule*
- 20 . **Kompakt** *Dallas im Ländle*
- 22 . **Porträt** *Mittelstand im Blickpunkt*
- 24 . **Report** *Energetische Quartierssanierung*
- 26 . **60 Sekunden über ...** *Pseudo-Heizkostensensation*

- Ästhetik der modernen Heizungstechnik
- Warum die Wärmewende so wichtig ist**
- NRW-Wirtschaftsminister Duin im Gespräch**
- Henning Krümrey zum Volkssport „billig tanken“
- Der Modus, die Kandidaten, die Programme
- Warum ein großer Umweg selten lohnt
- Neues aus der Welt der Energie
- Lühmann KG: Nordisch by Nature
- Markimpuls oder Markthemmnis?
- Verbrauch sinkt dank effizienter Anlagen

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V., Jägerstraße 6, 10117 Berlin, Elmar Kühn (V. i. S. d. P.)
CHEFREDAKTEUR Florian Flicke **REDAKTIONSLEITUNG** Axel vom Schemm **REDAKTION** Frank Burger, Henning Krümrey, Matthias Schatz **ART DIREKTION** Daisy Latussek
BILDREDAKTION Achim Meissner **VERLAG UND REDAKTIONSANSCHRIFT** corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt, Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/54227-700, Fax 0211/54227-722, www.corps-verlag.de **VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRUNG** Holger Löwe, Wilfried Lülsdorf
OBJEKTLEITUNG Jana Teimann **ANZEIGENLEITUNG** Tobias Bott, Tel. 030/755414-416 **DRUCK** Strube Druck & Medien OHG, 34587 Felsberg **LITHO** TiMe GmbH
ADRESSÄNDERUNGEN Tobias Bott, Tel. 030/755414-416, Fax 030/755414-366 **ISSN 2195-4445** Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Änderungen behalten wir uns vor.



↑ **Was aussieht wie ein glühender Gitterzaun**, ist Resultat von Grundlagenforschung für modernste Heiztechnik. Das Bild zeigt einen Öl-Oberflächenbrenner, der Heizöl wie ein Gas verbrennt – extrem leise und sauber. Der flüssige Brennstoff wird in ein Brenngas verwandelt und in einem Teppich aus einer Vielzahl kleiner Flammen verbrannt. Dazu wird das Heizöl mit sogenannten kalten Flammen verdampft und anschließend mit Verbrennungsluft vermischt. Mit dieser neuen Technologie ist es möglich, sehr kompakte Öl-Brennersysteme mit kleiner Leistung zu bauen, die stufenlos den Heizwärmebedarf im Haus abdecken können. Angesichts des tendenziell sinkenden Wärmebedarfs der Gebäude ist das eine zunehmend wichtige Anforderung an Heizsysteme. Das Institut für Wärme und Oeltechnik (IWO) in Hamburg präsentierte die funktionsfähige Studie eines modulierenden Oberflächenbrenners erstmals im Jahr 2011. Verschiedene Hersteller bieten mittlerweile Öl-Brennwertheizgeräte mit ähnlichen Brennerkonzepten im Markt an. Die neuen Öl-Brenner kommen aber auch für andere effiziente Heiztechniken infrage. Sie sind ein Baustein für die Energiewende im Heizungskeller. (avs)

WÄRM EWENDE?

Neue Koalition – neue Chancen

TEXT Axel vom Schemm

Technologieoffenheit und steuerliche Förderung bei der Heizungsmodernisierung sind zwei zentrale Forderungen der Wirtschaft und auch von UNITI, um die unverzichtbare Energiewende im Wärmemarkt zu schaffen. Mit der Großen Koalition hat nun eine neue Regierung das Sagen – und die große Chance, die Wärmewende voranzubringen.

85

Prozent des Energiebedarfs in deutschen Privathaushalten entfallen auf den Wärmebereich

40

Prozent des Endenergieverbrauchs und ein Drittel der CO₂-Emissionen fallen im Gebäudebereich an

24

Jahre und älter sind knapp 20 Prozent aller Heizungsanlagen



„SIND NOCH NICHT
AUF DEM WEG“



„MÜSSEN DIE KOSTEN
DÄMPFEN“

DIE ZWEI:

Als sozialdemokratisches Duo für die Energiewende sind Bundesumweltministerin

Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel angetreten.

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ – das Arbeiterlied schmettern die Delegierten der SPD stets zum Abschluss jedes Parteitags. Die Sonne, besser gesagt: Sonnenstrom spielte für die Sozialdemokraten jüngst tatsächlich eine große Rolle. Als Energiewende-Protagonist des neuen Koalitionspartners musste Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel Farbe bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) bekennen. Um den steuerlich subventionierten Wildwuchs an Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Besserverdiener einzudämmen. Um die Stromnetze vor zu viel der bislang schwer beherrschbaren Elektrizität aus Erneuerbaren zu schützen.

Medienwirksam betonte Gabriel die Verantwortung seines Hauses gegenüber der Industrie, und um diese langfristig leistungsfähig zu halten, müsse „in der Energiepolitik für Kostendämpfung gesorgt werden“. So folgte der Tritt auf die Bremse, der die Irrfahrt der Vergangenheit allerdings noch nicht komplett gestoppt hat. Zwar schreibt Gabriel in seinem Eckpunktepapier den Anlagenbetreibern die „verpflichtende Direktvermarktung“ ihres regenerativ erzeugten Stroms vor. Diese Vorgabe entpuppte sich aber als stumpfes Schwert und suggeriere nur, dass grüner Strom sich auf dem Markt behaupten müsse, kritisieren Experten wie der Chef der Deutschen Energie-Agentur (dena), Stephan Kohler. „Da es weiterhin eine Einspeisevergütung gibt, die der Betreiber auf alle Fälle erhält, können weiter Anlagen ohne Risiko gebaut werden, egal ob die Leistung benötigt wird oder nicht“, kommentierte Kohler kürzlich im *Handelsblatt*. Die Zahl derer, die vor einer „veritablen Planwirtschaft, die sich Deutschland 25 Jahre nach dem Ende der DDR zugelegt“ habe, warnen – so nennt es der Publizist Wolfram Weimer –, steigt.

„Wir sind mit der jetzigen Situation und Rechtslage unzufrieden. Wir fordern gemeinsam eine sozialverträgliche Energiewende. Fragen der Wirtschaftlichkeit gehören auf den Prüfstand.“

Franz-Georg Rips,
Präsident Deutscher Mieterbund,
beim gemeinsamen Pressetermin
mit Haus & Grund

Verwunderlich ist der Fakt, dass der zum Gelingen der Energiewende so wichtige Wärmemarkt von Gabriel bislang so gut wie gar nicht öffentlich thematisiert wurde. Im Umweltministerium scheint das Thema schon präsenter, folgt man den Ausführungen der neuen Hauschefin Barbara Hendricks auf der 6. Deutschen Wärmekonferenz im Januar. „Wir sind noch nicht einmal auf einem Weg, der klar in die Richtung unseres Ziels führt. Die Potenziale werden nicht so genutzt, wie es sein könnte“, konsultierte Gabriels Parteigenossin auf der Ver-

anstaltung des Bundesindustrieverbands Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik. Nur eine von fünf Heizungen entspreche dem Stand der Technik, beklagte Hendricks unter anderem. Offen ließ sie die Frage, welches Ziel sie überhaupt meint. Das Klimaziel, den Primärenergieverbrauch im Gebäudebestand bis 2050 um die Hälfte zu reduzieren? Einen solchen Weg gibt es bislang nicht, da der Durchschnittsbürger die notwendigen Investitionskosten nicht tragen kann. So blieb es zunächst bei der Absichtserklärung, alles in ihrer Macht stehende „für eine schnellere Wende auf dem Wärmemarkt“ zu unternehmen. Wunder dürfe man aber nicht von ihr erwarten. So habe sich die Große Koalition darauf verständigt, „auf steuerliche Maßnahmen“ zu verzichten. Eine klare Absage an entsprechende Forderungen der Wärmebranche.

Steuererleichterungen? Ein Fünkchen Hoffnung bleibt

Ein denkbar schlechtes Signal, denn die energetische Gebäudemodernisierung zur Steigerung der Energieeffizienz als wichtiger Baustein der Energiewende stehe und falle mit der Akzeptanz von Mietern und Eigentümern, meint der Präsident des Deutschen Mieterbunds (DMB), Franz-Georg Rips. Gemeinsam mit dem Interessenverband Haus & Grund formierte sich der DMB zum Widerstand: „Wir sind mit der jetzigen Situation und Rechtslage unzufrieden. Wir fordern gemeinsam eine sozialverträgliche Energiewende. Fragen der Wirtschaftlichkeit gehören auf den Prüfstand“, sagt Rips weiter. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Reformen reichten nicht aus und würden den komplexen und vielfältigen Fragestellungen der energetischen Gebäudemodernisierung nicht gerecht.



Der gebürtige Essener Michael Vassiliadis (50) vertritt als IG-BCE-Vorsitzender rund 660.000 Mitglieder.

„DIE ENERGIEWENDE braucht mehr Marktwirtschaft“

? Sie bezeichnen die Lage der Energiewende vor der Wahl als planlos. Sind wir unter der Großen Koalition einen Schritt weiter? Wenn ja, sind die Entwicklungen zielführend?

Zuerst einmal unterstützen wir Sigmar Gabriel in dem erklärten Ziel, die Energiewende ohne Zeitverzug neu starten zu wollen. Das von ihm vorgelegte Eckpunktepapier zur EEG-Reform weist viele wichtige Schritte in die richtige Richtung auf. Wir werden die Bundesregierung auf diesem Weg konstruktiv begleiten.

? Die Befreiung zahlreicher Unternehmen von der EEG-Umlage steht auf dem Prüfstand. Wer sollte Ihrer Meinung nach befreit werden, wer nicht?

Aus unserer Sicht ist es vordringlich, die Arbeitsplätze in der innovativen und noch wettbewerbsfähigen energieintensiven Industrie zu sichern. Dazu ist es auch in Zukunft notwendig, die hiesige energieintensive Industrie von den subventionsbedingten Zusatzkosten der erneuerbaren Energien auszunehmen. Das entscheidet über die Zukunft ganzer Branchen mit vielen Zehntausend Arbeitsplätzen in Deutschland, von der Kupfer- und Aluminium- bis zur Chemieindustrie.

? Ist die Industrie angesichts drastisch gestiegener Energiepreise der Verlierer der Energiewende? Der BDI sieht ja bereits 900.000 Jobs bedroht.

Diese Zahl sei erst einmal dahingestellt. Fakt ist doch, dass die Strom- und Energiepreise in Deutschland deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen. Bei der Befreiung der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage handelt es sich deshalb auch nicht um eine unzulässige Subvention, wie die EU-Kommission vermutet. Es geht im Gegenteil um die Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen in Europa. Die Unternehmen und unsere dort beschäftigten Mitglieder dürfen nicht benachteiligt und dafür bestraft werden, dass andere Länder weniger ehrgeizige Ziele in der Energie- und Klimapolitik verfolgen.

? Sie vertreten – völlig verständlich – die Interessen der Arbeitnehmer in traditionellen Branchen. Was aber ist mit den Arbeitsplätzen in der Solar- und Windbranche? Sind die Ihnen egal? Schon jetzt haben die Hersteller von Photovoltaik- oder

Windkraftanlagen Tausende von mühsam aufgebauten Arbeitsplätzen wieder gestrichen ...

Die Bundesregierung sollte nicht Installationen von Panels, sondern Innovationen fördern. Das EEG hat offensichtlich nicht genug Anreize geschaffen, die Wettbewerbsfähigkeit und die internationale Technologieführerschaft deutscher Unternehmen zu erhalten. Die deutsche Photovoltaik-Industrie etwa ist einem gezielten, unfairen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Die Energiewende braucht mehr Innovationen und marktwirtschaftliche Orientierung, um effizienter zu werden. Private und industrielle Stromkunden gegeneinander auszuspielen, hilft nicht. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, weil das Unternehmen schließt oder verlagert, muss trotzdem die private Stromrechnung bezahlen.

? Halten Sie die staatliche Förderung erneuerbarer Energien für sinnvoll und für sozial gerecht? Welche Alternative sehen Sie zu einer EEG-Umlage?

Das EEG war zum Start nützlich und hat der Energiewende den nötigen Schub verliehen. Doch heute wird Ineffizienz statt Innovation gefördert. Deutlich wird das am Anstieg der EEG-Umlage von 0,4 auf 6,3 Cent in zehn Jahren. Das sind fast 1.500 Prozent mehr. Die dramatische Preisentwicklung erfordert eine Trendumkehr. Direktvermarktung und Auktionierung der erneuerbaren Energien könnten rasch dazu führen, dass die wettbewerbsstärksten und so die preiswürdigsten Formen der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen zum Einsatz kommen.

? Kann eine Energiewende ausschließlich mit den Zielen Klimaschutz und Versorgungssicherheit gelingen?

Damit die Energiewende zum Erfolg wird, muss ihre politische und rechtliche Ausgestaltung verlässlich langfristige Investitionen und Innovationen anreizen statt abzuschrecken. Dabei muss sie im Einklang mit wirtschaftlichen Wachstums-, internationalen Wettbewerbs-, sozialen Fortschritts- und ökologischen Klimaschutzziele stehen und zugleich die Versorgungssicherheit gewährleisten.

? Überraschende Gewinner der Energiewende sind die Kohlekraftwerke. Finden Sie das richtig?

Das Zeitalter erneuerbarer Energien ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Auf dem Weg dahin ist der Einsatz fossiler Energien als Brückentechnologie unverzichtbar. Braunkohle ist der preisgünstigste Partner der erneuerbaren Energien und hilft, die Kosten im Zaum zu halten – und sie ist grundlasttauglich.

Bei nur 1 Prozent

pro Jahr liegt derzeit die Quote der energetischen Sanierung im Gebäudebereich

Sie muss sich auf

jährlich 2,5 Prozent

erhöhen, damit
Deutschland seine Klimaziele
bis 2050 erreichen kann

Das saß! Und so ließ Neuministerin Hendricks zumindest eine Hintertür in Sachen Steuererleichterungen geöffnet und formulierte: „Vier Jahre sind lang – es kann sein, dass sich das noch mal ändert.“ Schließlich sei sie ja von Haus aus Finanzpolitikerin und wisse, dass man kaum vier Jahre lang keine Steuergesetze machen könne, da es immer Anpassungsnotwendigkeiten gebe.

Gegenwärtig sieht Barbara Hendricks den „Zündschlüssel für die Wärmewende“, ohne die die Energiewende nicht gelinge, in einer besseren Beratung. Laut Koalitionsvertrag soll diese auch verstärkt werden. Auch auf das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm setzt die neue Regierung und verspricht eine Vereinfachung des Regelwerks. Die Aufstockung um 1,5 Milliarden Euro in diesem Jahr und weitere 300 Millionen Euro jährlich bis 2020 ist bereits fixiert.

Während mehr Effizienz im Gebäudebereich also noch auf sich warten lässt, ist die Regierung in der politischen Organisation in diesem Punkt schon einen Schritt weiter. Ab sofort sind mit dem Wirtschaftsministerium unter Vizekanzler Sigmar Gabriel und Hendricks' Umweltministerium – das die Verantwortung für das Bauen vom Verkehrsministerium übernommen hat – nur noch zwei Ressorts für die Energiewende verantwortlich. Ob es bei künftigen Absprachen hilfreich sein wird, dass beide Häuser nun Sozialdemokraten an der Spitze haben? Umwelt- und Wirtschaftsministerium haben jedenfalls nach Hendricks' Worten bereits die gemeinsame Federführung für das Ordnungsrecht im Bereich der Energieeinsparungen bei Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden vereinbart. Im Wirtschaftsministerium gibt man sich hingegen zurückhaltend in puncto Wärmewende. Ein jüngst vorgelegtes Eckpunktepapier befasst sich jedenfalls erneut fast ausschließlich mit der Erzeugung von Ökostrom. Nach der Bedeutung des Wärmebereichs gefragt, zitiert Gabriels Pressestelle nur den Koalitionsvertrag: Energieeffizienz

sei zentraler Bestandteil der Energiewende, dies erfordere „einen Ansatz, der den Wärmemarkt gleichermaßen in den Blick nimmt“. Die erfolgreiche Strategie „Fordern, Fördern, Informieren“ werde gestärkt. Bereits bestehende Förderungen wie Sanierungen zum KfW-Effizienzhaus oder Teilsanierungen und Einzelmaßnahmen, zu denen auch die Erneuerung eines Heizkessels gehört, würden fortgeführt. In der Sanierungsquote bei den Heizungserneuerungen von derzeit 2,8 Prozent sieht das Wirtschaftsministerium zudem einen „positiven Trend“, den es fortzusetzen gelte. Und wie steht es mit

der Technologieoffenheit? Im Eckpunktepapier ist diese neben dem Wirtschaftlichkeitsgebot und dem Verzicht auf Zwangssanierungen enthalten. Aber nicht ohne dass sogleich eine Einschränkung folgt: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sollten „möglichst technologieoffen“ sein. Verbindlichkeit? Klingt anders.

Nicht endgültig vom Tisch ist eine Zwangsabgabe auf fossile Brennstoffe, die Besitzer von Öl- oder Gasheizungen zusätzlich belasten würde. Dass Staatssekretär Jochen Flasbarth der neue starke Mann im Umweltministerium ist, der sich in seiner vorherigen Position als Präsident des Umweltbundesamts für eine entsprechende Umlage starkgemacht hat, darf getrost als deutliches Zeichen gewertet werden. Für die Regierung wäre der haushaltsneutrale Ansatz zur Subventionierung erneuerbarer Energien wohl ein gangbarer Weg. Für die Besitzer der rund sechs Millionen Ölheizungen in Deutschland sicher nicht.

Und wie geht's weiter? Der „Nationale Aktionsplan Energieeffizienz“ ist für 2014 angekündigt. Er soll die Ziele für die verschiedenen Bereiche, die Instrumente, die Finanzierung und die Verantwortlichkeiten zusammenfassen. Dann zeigt sich, ob die Große Koalition ihre neuen Chancen auch nutzt. ■



Statement Dirk Arne Kuhr, UNITE-Experte für den Wärmemarkt

„Gute Signale?“

Für die meisten Menschen bilden Gesundheit, Familie, Beruf, Mobilität und Lebensmodell die Eckpunkte für ihre persönlichen Motive und Werte. In die Jahre gekommene, aber funktionierende Gebäudesubstanz und Heiztechnik gehören oft nicht

in diese Liste. Wie mobilisiert man nun aber privates Geld für energetische Modernisierungen? Am besten, indem Gesetze und Fördergelder größtmögliche individuelle Handlungs- und Technologiefreiheit für die „politisch gewollten“ Effizienz-Sanierer zulassen. „Bei der Energiewende müssen die Menschen dort abgeholt werden, wo sie individuell stehen.“ Diesen Grundsatz hat sich die neue Umweltministerin Barbara Hendricks wohl zu eigen gemacht – und das ist ein gutes Signal!

„Energie darf kein Luxusgut werden“

INTERVIEW Axel vom Schemm

FOTOS Hojabr Riahi

Soziale Ungerechtigkeit durch das EEG-Umlagesystem, Gefahren für den Wirtschaftsstandort Deutschland, Kampf um Akzeptanz in der Bevölkerung: Mit *energie+Mittelstand* sprach Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) über seine Einschätzung zum Stand der Energiewende.

? Herr Duin, die Bürger in NRW zahlen im Ländervergleich am meisten für die Energiewende. Verkürzt: Der Mieter am Rhein subventioniert die Photovoltaikanlage des Hausbesitzers in Bayern. Lässt sich die Ungerechtigkeit beseitigen?

Tatsächlich sind im derzeitigen EEG-Umlagesystem die Geldflüsse zwischen den Bundesländern ein Problem. Darauf habe ich schon frühzeitig und wiederholt hingewiesen. Auch die neuesten Zahlen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft belegen das. Zwischenzeitlich zahlt NRW rund 2,9 Milliarden Euro und ist damit der mit Abstand größte Nettozahler. NRW kommt

fast allein für die Mittel auf, die per Saldo den sieben Empfängerländern zufließen, allen voran Bayern. Für mich bedeutet das zusätzlichen Handlungsbedarf, wenn es darum geht, zwischen Bund und Ländern eine umfassende Änderung des EEG herbeizuführen. Dass wir die Förderung der erneuerbaren Energien künftig mehr in Richtung Kosteneffizienz und Systemintegration ausrichten müssen, ist ohnehin weit überwiegend Konsens.

? Droht der Energiewende angesichts solcher Förderproblematiken ein Akzeptanzproblem? Akzeptanz ist das A und O für den Erfolg der Energiewende. Wir müssen den breiten Konsens

ZUR PERSON

Garrelt Duin, geboren am 2. April 1968 im ostfriesischen Leer, ist seit Juni 2012 Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. Der studierte Jurist sorgte in jüngster Vergangenheit mehrfach mit kritischen Statements zu Fehlentwicklungen im Zuge der Energiewende für Aufmerksamkeit. Duin ist verheiratet und hat einen Sohn.

bewahren, der im Frühjahr 2011 das Generationenprojekt einer neuen deutschen Energieversorgung überhaupt erst möglich machte. Das wird nur dann funktionieren, wenn die finanziellen Belastungen, die ein solcher Prozess auslöst, möglichst sachgerecht und nachvollziehbar verteilt werden. Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu begrenzen. Inwieweit die geplanten Maßnahmen geeignet sind, Ausmaß, Geschwindigkeit und Kostenanstieg für die privaten Haushalte zu begrenzen, hängt davon ab, wie die Regelungen endgültig ausgestaltet werden. Die Diskussion um die Verteilung der EEG-Umlage zeigt, wie schwierig ein solches Unterfangen ist. Ich warne davor, dass die Beschäftigung mit Systemfragen überlagert wird von solchen Verteildebatten und dass Begriffe wie „Entsolidarisierung“ die Stimmung unnötig aufheizen. Es muss gelingen, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sicherzustellen, ohne dass Energie für Teile der Verbraucher zu einem Kostenproblem oder gar zu einem Luxusgut wird.

? Nach dem Atomausstieg erlebt die Braunkohle in Deutschland ein Comeback. Ist das „Energiewende paradox“?

Die Energiewende ist kein Ereignis, sie ist ein Prozess. Wir reden über einen Zeitraum von fast 40 Jahren, an dessen Ende eine möglichst weitreichende Versorgung durch erneuerbare Energien in Deutschland stehen soll. Das ist eine massive technische und finanzielle Herausforderung für unser Land. Ein steter Kampf darum, die Versorgungssicherheit jederzeit aufrechtzuerhalten, die für unseren Industriestandort schlicht unerlässlich ist. Es bedeutet einen Kampf um jeden Cent, den die Kilowattstunde Strom kostet. Wer meint, wir könnten mal so eben sämtliche Kernkraftwerke in Deutschland abschalten und die Kohlekraftwerke gleich mit, setzt fahrlässig den Wirtschaftsstandort Deutschland und nicht zuletzt den erfolgreichen Verlauf der Energiewende aufs Spiel. Wir brauchen konventionelle Kraftwerke auch langfristig als fossile Flankierung des weiteren

Ausbaus der erneuerbaren Energien. Zurzeit deckt diese bewährte Technologie die Lücke ab, die durch das sukzessive Vom-Netz-Gehen der Kernkraftwerke entsteht. Das ist weder ein Comeback noch ist es eine Renaissance der Kohle. Wenn die Energiewende wie erhofft verläuft, werden wir aber auf Sicht beobachten können, wie der Anteil fossiler Erzeugung kontinuierlich zurückgeht. Und das ist doch schließlich unser Ziel.

? Bundesumweltministerin Barbara Hendricks glaubt, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn eine Wende auf dem Wärmemarkt erreicht werde. Die Investitionen in erneuerbare Energien im Gebäudesektor sind aber rückläufig, Thema des Tages ist der Streit um den Trassenausbau. Warum setzt auch die Große Koalition nur auf Strom?

Keine Frage: Im Gebäudesektor schlummern beachtliche Potenziale für die Energiewende – hinsichtlich der CO₂-Reduzierung, für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz. Dass gerade der Netzausbau zum Thema des bayerischen Kommunalwahlkampfes geworden ist, macht mich nicht besonders glücklich. Eine bayerische Energieautarkie wird es ebenso wenig geben wie eine nordrhein-westfälische. Wir – die Bundesländer und die Bundesregierung – müssen gemeinsam an einer Energiegesamtende arbeiten.

? Sollen die vielen Besitzer von Einfamilienhäusern im Sauer- oder Münsterland, die aus guten Gründen mit Öl heizen, die Zeche für die gründlich verplante Energiewende zahlen?

Dass die Energiewende gründlich verplant sein soll, sehe ich nicht. Vielmehr war es doch unter der alten Bundesregierung so, dass ein Plan gänzlich zu fehlen schien. NRW hat nicht ohne Grund seit 2012 lautstark eingefordert, dass der Bund hier eine starke Gesamtkoordinierung übernehmen muss. Die Konzentration auf die Bundestagswahl hat leider dazu geführt, dass man sich der Energiewende nicht in dem Maße zugewandt hat, wie es wünschenswert gewesen wäre. Jetzt bietet sich die Chance, den Problemen mit sinnvollen Lösungen zu begegnen. Dabei muss es insbesondere das Ziel sein, finanzielle Belastungen sachgerecht zu verteilen. Im Ergebnis muss Energie für alle Bürger wie für Unternehmen bezahlbar sein.

? Stichwort Bezahlbarkeit: Die steuerliche Förderung energetischer Sanierungen im privaten Gebäudebereich schaffte es nicht durch den Bundesrat, weil die Länder Steuerverluste



„Die Energiewende ist kein Ereignis, sie ist ein Prozess.“

Sozialdemokrat *Garrelt Duin* zur Langfristigkeit der Energiewende mit ihren technischen und finanziellen Herausforderungen.



Duin: „Die Menschen in unserem Land werden lieber einen Cent mehr für die Kilowattstunde Strom bezahlen, als dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren.“

fürchteten. In den Koalitionsverhandlungen fand das Thema nicht statt. Ihre Meinung?

Die Frage, wie die energetische Sanierung unterstützt werden kann, lässt sich unterschiedlich beantworten. So ist etwa für gewerblich vermieteten Wohnraum eine steuerliche Förderung überflüssig. Denn für Unternehmen sind Sanierungsmaßnahmen als werterhaltend unmittelbar steuerabzugsfähig. Immobilienbesitzern, die ihre Wohnung selbst nutzen, bietet die KfW Darlehen und Tilgungszuschüsse. Diese gilt es verlässlich zu finanzieren und zu verstetigen. Viele Wirtschaftszweige haben bereits große Kompetenzen im Bereich Energieeffizienz aufgebaut – allen voran das Handwerk, das sich zu Recht „offizieller Ausrüster der Energiewende“* nennt. 30 Gewerke sind mit der Gewinnung, der effizienten Nutzung und der Einsparung von Energie befasst.

? Was bedeuten die steigenden Energiekosten für die Industrie? In NRW ist eine große Zahl energieintensiver Unternehmen angesiedelt.

Energiekosten sind ein wichtiger Standortfaktor geworden. Haben wir uns früher oftmals auf die Entwicklung der Gehälter und Löhne im internationalen Vergleich fokussiert, müssen wir uns heute damit beschäftigen, wie in Deutschland die Preise für Strom im Verhältnis zum Ausland liegen. Da sehen wir derzeit nicht besonders gut aus. Dass das EEG hinsichtlich der Umlage-Beträge mit Entlastungstatbeständen für besonders energieintensive Betriebe ausgestattet ist, dient dem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Diejenigen, die hierzulande beständig nach einer Streichung der weiterhin zwingend erforderlichen

Entlastungsregelungen für energieintensive Industrien rufen, müssen sich die Frage gefallen lassen, warum sie den Wirtschaftsstandort Deutschland vorsätzlich gefährden wollen. Es ist unstrittig, dass die Befreiung von der EEG-Umlage treffsicherer gewährt werden muss als bislang. Auf meinen Widerstand wird aber jeder Ansatz stoßen, der über eine Optimierung mit dem Ziel des Schutzes der im internationalen Wettbewerb stehenden energieintensiven Unternehmen hinausgeht. Es hat keinen Sinn, eine Verteilung von Lasten gleichmäßig, aber ohne Blick auf die weiteren Auswirkungen vornehmen zu wollen. Glauben Sie mir: Die Menschen in unserem Land zahlen lieber einen Cent mehr für die Kilowattstunde Strom, als dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren.

? Auch Energiekonzerne klagen. Der Betrieb vieler Kraftwerke rechne sich nicht mehr, so dass etwa RWE und Eon mehrere Anlagen stilllegten. Grund ist auch der steigende Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen. Beide Konzerne sitzen vor Ihrer Haustür und wurden von der NRW-Politik meist wohlwollend bedacht. Gab es schon Hilferufe?

Wenn konventionelle Kraftwerke stillgelegt werden oder sich das ankündigt, weil sich ihr Betrieb wirtschaftlich nicht mehr darstellen lässt, ist das Hilferuf genug. Denn wir benötigen noch eine Reihe dieser Anlagen, um Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten zu können. Unser börsenbasierter Preisbildungsmechanismus bewirkt allerdings, dass die Betreiber fossiler Kraftwerke immer geringere Strommengen verkaufen können und diese auch nicht zu auskömmlichen Konditionen. Da wir die fossilen Energieträger weiterhin dringend als Back-up für den weiteren Ausbau regenerativer Energien benötigen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir mit einem marktwirtschaftlichen Kapazitätsmechanismus Deckungslücken verhindern. Die Bundesregierung hat angekündigt, mittelfristig einen entsprechenden Mechanismus entwickeln zu wollen. Die Entwicklung sollte möglichst gleichzeitig mit der EEG-Novellierung in Angriff genommen werden. Denn der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien hängt untrennbar zusammen mit seiner fossilen Flankierung. ■

— VOLKSSPORT SPRITSPAREN

Jede Nation hat ihren Volkssport: Die Briten lieben Cricket, Neuseeländer echauffieren sich beim Rugby, der Superbowl elektrisiert die US-Amerikaner. Auch die Deutschen haben solche nationalen Lieblinge: Fußball natürlich, Steuern sparen – und billig tanken.

Wenn es gegen den Fiskus geht, dann heißt es: Steuern sparen – koste es, was es wolle. So machte mancher einen zu bereuenden Ausflug in die Schweiz, so entstanden leer stehende Wohnparks im Umkreis ostdeutscher Städte, die aus steuerlichen Verlusten echte werden ließen. Beim Spritkauf agieren unsere Landsleute ähnlich. Kaum ein Umweg ist zu weit, um an der günstigeren Zapfsäule anzuhalten. Wie viel Benzin auf der Fahrt zur rettenden Quelle sinnlos durch den Motor rauscht –

„Der Autofahrer übt seinen Lieblingssport nicht mehr hinter dem Lenkrad aus, sondern auf der Couch.“

egal. Das gilt für den Schlenker in den Nachbarort genauso wie für den Kurztrip nach Luxemburg oder Polen. Natürlich auch für die Suche nach der freien Tankstelle.

Die Anbieter von Markentreibstoffen versichern zwar glaubhaft, ihr Benzin und Diesel – und vor allem der Zaubersaft ihrer Premiumprodukte – seien besser als der Durchschnittssprit. Aber wer einmal beobachtet oder gar mit Raffinerie-Mitarbeitern besprochen hat, wer alles seinen Tankwagen dort auffüllen lässt, zweifelt. In Großraffinerien werden Treibstoffe für etliche Marken und freie Tankstellen produziert – oft

macht unter dem Strich nur noch die Farbe den Unterschied.

Jetzt bringt seit Dezember die Markttransparenzstelle möglicherweise gar nicht mehr Klarheit, aber zumindest jede Menge Bewegung in den Markt. Der schlaue Autofahrer übt seinen Lieblingssport nicht mehr hinter dem Lenkrad aus, sondern auf der Couch oder am Schreibtisch. Die Suchfahrt zur günstigen Tanke startet erst mal virtuell, gern mit einer der zahlreichen Apps, die das Leben leichter machen sollen.

Das Ergebnis dürfte allerdings für manchen Verbraucher eher niederschmetternd sein. Denn nun sieht er nicht nur, wo es gerade günstig ist, er kann vor allem rund um die Uhr verfolgen, wie sich der Preis entwickelt. Und überrascht stellt er fest, dass die Preise schon im Tagesverlauf enorm schwanken. Wer sich vormittags die Billig-Zapfsäule ausgeguckt hat, stellt abends vielleicht verbittert fest, dass der Umweg gar nicht gelohnt hat, weil nun auch die nächstgelegene Tankstelle das verlockende Angebot hat – oder sogar darunter liegt.

Denn die ersten Ergebnisse der Preistransparenzstelle zeigen: Je nach Konkurrenz- und Lieferlage versucht mal die eine, mal die andere Tankstelle morgens einen hohen Preis zu setzen. Je nachdem, wer nachzieht, hält sich die üppigere No-

Steuern sparen und billig tanken sind Lieblingsbeschäftigungen der Deutschen. Ein Bundesgesetz und Tank-Apps sollen preisbewusste Bürger seit kurzem bei ihrem Tun unterstützen. Wenn das einen Nutzen hat, dann für das Ansehen der Branche.

tierung oder sie bröckelt wieder ab. Längst vorbei die Zeiten, da die Forderung für einige Tage festgesetzt wurde. Heute ist der Markt im Stundentakt in Bewegung. Seit der Tankwart nicht mehr mit der Leiter die Ziffern austauschen muss, sondern alles elektronisch geht, ist Wettbewerb die Frage eines Knopfdrucks. Und per Datenabfrage zeichnet die Transparenzstelle das sprunghafte Treiben nach.

Den Ölkonzernen und den Zapfsäulen-Pächtern ist zu mehr Gelassenheit zu raten. Wenn die Markttransparenzstelle den Beweis erbringt, dass die Preise nicht kartellartig abgesprochen sind, hat sie doch ihren Nutzen erbracht. Zwar nicht für den Kunden, wohl aber für das Ansehen der Branche. ■



HENNING KRUMREY,
Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Köln und absolvierte die Kölner Journalistenschule. Seit 2009 ist Krumrey stellvertretender Chefredakteur der Wirtschaftswoche und Experte für Energiethemen.

Wahlzeit!

TEXT Axel vom Schemm

Es ist das einzige Organ der Europäischen Union, das alle fünf Jahre demokratisch von den Bürgern der Mitgliedsstaaten gewählt wird: das Europäische Parlament in Straßburg. Die Entscheidungen aus dem idyllischen Elsass haben längst großen Einfluss auf die Energiepolitik in Deutschland. Deshalb ist es wichtig, wer am 25. Mai die meisten Stimmen bekommt. *energie+Mittelstand* stellt die Kandidaten vor.

Unbekannte Kandidaten, das Parlament weit weg: Der Europawahl im Mai fehlen alle typischen Elemente einer Wahl“, ließ sich der Forsa-Meinungsforscher Manfred Güllner von der Zeitung *Die Zeit* zitieren. Das mag selbst 25 Jahre nach der ersten länderübergreifenden Abstimmung zutreffen – was die öffentliche Wahrnehmung betrifft. Unstrittig ist aber, dass die Wertschätzung der Wahl in krassem Gegensatz zu ihrer Bedeutung steht. Fast 70 Prozent aller in Deutschland verabschiedeten Gesetze haben ihren Ursprung in der EU. Auch mit Blick auf die Energiepolitik habe sich der Einfluss der EU-Gremien zuletzt immer wieder gezeigt, sagt Elmar Kühn, Hauptgeschäftsführer von UNITL. „Europäische und deutsche Gesetzgebung konkurrie-

ren vielfach. Alleingänge wie zuletzt bei der Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage sind taktisch unklug“, sagt Kühn. Die EU-Kommission hatte bekanntlich Industrierabatte bei der Ökostromumlage gerügt und ein Beihilfeverfahren eingeleitet. „Ratsam ist, europäische Gesetzgebung mitzugestalten. Die Wahl ist ein wichtiges Instrument dabei“, ergänzt Elmar Kühn. Beim Urnengang Ende Mai – in den Mitgliedsstaaten wird an vier verschiedenen Tagen gewählt, bei uns am 25. Mai – greift ein neuer Modus. *energie+Mittelstand* zeigt die Parteien, die Programmauszüge zur Energiepolitik und die Spitzenkandidaten. —

Markus
Ferber



EPP [Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten]

David
McAllister



S&D (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament)



Martin
Schulz

Deutscher Spitzenkandidat: *Martin Schulz*

Europäischer Spitzenkandidat: Auch das ist *Martin Schulz*. Er wurde am 1. März in Rom von den sozialdemokratischen Parteien gekürt. Schulz (*1955) absolvierte von 1975 bis 1977 eine Ausbildung zum Buchhändler. In den folgenden fünf Jahren war er bei verschiedenen Verlagen und Buchhandlungen tätig, bis er im Jahr 1982 seine eigene Buchhandlung in Würselen gründete, die er bis 1994 führte. Er ist seit 1994 Mitglied und seit 2012 Präsident des Europäischen Parlaments. Davor war er unter anderem Bürgermeister der Stadt Würselen, im Kreis Aachen.

Energiepolitik laut Parteiprogramm*:

– Verbindliches Ziel von 40 Prozent Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030

Deutsche Spitzenkandidaten: *David McAllister* (CDU) und *Markus Ferber* (CSU)

Europäischer Spitzenkandidat: Der Luxemburger *Jean-Claude Juncker* (*1954) wurde auf einem Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) in Dublin nominiert. Seine Vita: 1989 bis 2009 Finanzminister Luxemburg; Premierminister 1995 bis 2013; Vorsitzender der Euro-Gruppe 2005 bis 2013.

Energiepolitik laut Parteiprogramm:**

– Alternative Kraftstoffe und Förderung der Infrastruktur
– Gemeinsamer EU-Energiebinnenmarkt. So lange es diesen nicht gibt, Spielräume für eine nationale Energie- und Klimapolitik
– kostengünstiger, wirtschaftlicher Ausbau Erneuerbarer Energien
– verpflichtende Direktvermarktung von Erneuerbaren Energien
– Weiterentwicklung des EEG in Übereinstimmung mit Europarecht
– technologieoffene, wettbewerbsneutrale Erreichung des Energieeffizienzziels 20 Prozent bis 2020
– Zertifizierungssysteme für Biomasse



Europawahl: Neuer Modus

Nach der Wahl am 25. Mai wird sich das Europäische Parlament erstmals auf Basis des Vertrags von Lissabon zusammensetzen. Dieser begrenzt die Anzahl der Europaabgeordneten auf 750 plus den Parlamentspräsidenten. Die Zahl der deutschen Abgeordneten sinkt dadurch von 99 auf 96. Zudem kann das erste Mal in der EU-Geschichte die stärkste Partei den Kommissionspräsidenten stellen. www.europarl.de/de/europa_und_sie/eu_wahl.html



Sven Gigold

**GREENS/EFA (Fraktion der Grünen/
Freie Europäische Allianz)**

Deutsche Spitzenkandidaten:

Rebecca Harms und Sven Gigold

Rebecca
Harms

Europäische Spitzenkandidaten:

Ska Keller und José Bové. Keller (*1981) ist studierte Islamwissenschaftlerin. Von 2007 bis 2009 war sie Vorsitzende des grünen Landesverbands Brandenburg. 2009 wurde sie ins EU-Parlament gewählt und ist Mitglied in den Ausschüssen für internationalen Handel sowie bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Der Franzose José Bové (*1953) war führende Persönlichkeit in der Protestbewegung gegen die Ausweitung eines Truppenübungsplatzes sowie Greenpeace-Aktivist. 2009 wurde er ins EU-Parlament gewählt und ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel.

Energiepolitik laut Parteiprogramm*:

- weg von Kohle und Öl
- Forderung nach einem Klimaschutzgesetz
- Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2050 um 90 Prozent gegenüber 1990 in Etappen: zunächst 30 Prozent bis 2020
- Für 2030 Forderung nach drei Zielvorgaben:
 - mdst. 40 Prozent Energieeinsparung
 - mdst. 45 Prozent erneuerbare Energien
 - mdst. 55 Prozent weniger Treibhausgase
- verbindliches Ziel von 20 Prozent Effizienzsteigerung bis 2020

Gabi
Zimmer



**GUE/NGL [Konföderale Fraktion
der Vereinigten Europäischen
Linken/Nordische Grüne
Linke (sozialistische und kom-
munistische Parteien)]**

Deutsche Spitzenkandidatin:

die gebürtige Berlinerin Gabi Zimmer (Die Linke)

Europäischer Spitzenkandidat: Alexis Tsipras.

Der Grieche (*1974) ist Vorsitzender des Synaspismos, Gründungsmitglied der Europäischen Linken und Mitglied der EU-Parlamentsfraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische



Alexander
Graf Lambsdorff

**ALDE (Fraktion der Allianz
der Liberalen und Demo-
kraten für Europa)**

Deutscher Spitzenkandidat:

Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

Europäische Spitzenkandidaten:

Guy Verhofstadt und Olli Rehn. Der Belgier Verhofstadt (*1953) ist studierter Rechtswissenschaftler. Von 1999 bis 2008 war er belgischer Ministerpräsident. Seit 2009 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und in der Konferenz der Präsidenten und im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) tätig. Der Finne Rehn (*1962), Volkswirt und Politikwissenschaftler, war bereits im Alter von 30 Jahren als wirtschaftspolitischer Berater des finnischen Ministerpräsidenten tätig. Von 1991 bis 1995 war er Abgeordneter im finnischen Parlament und leitete die finnische Delegation beim Europarat. 2004 war er für wenige Monate EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft unter Romano Prodi und von 2004 bis Februar 2010 EU-Erweiterungskommissar in der Kommission von José Manuel Barroso. Anschließend übernahm er das Ressort Wirtschaft und Währung, dass er zurzeit leitet.

Energiepolitik laut Parteiprogramm*:

- Energieversorgungsunternehmen sollen verpflichtet werden, ihren Kunden einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen
- Anreize für Energieeffizienz aus dem Markt und keine Vorgaben aus Brüssel

Grüne Linke. Seit 2010 ist er Vizepräsident der Europäischen Linken. Im Dezember 2013 nominierte die Europäische Linke Alexis Tsipras als Spitzenkandidat für die Europawahl 2014.

Energiepolitik laut Parteiprogramm:**

- Forderung nach europaweitem kostenfreien Grundkontingent für jeden Haushalt an Wärme, Wasser und Energie
- Anteil an erneuerbaren Energien am EU-Energieverbrauch soll im Jahr 2020 bei 25 Prozent liegen
- keine Importe von Agrokraft- und -treibstoffen aus dem globalen Süden

DIESMAL GEHT'S

UM MEHR

**Die Wahl
der EU-Kommission
auf einen Blick**

#1



Februar bis März

Die europäischen Parteien wählen ihre Kandidaten für den Vorsitz der EU-Kommission

#2



22. bis 25. Mai

EU-Bürger wählen das neue Parlament

#3



Juni

Der Präsident des Europäischen Rates spricht mit Blick auf die Wahlergebnisse mit dem Europaparlament über einen möglichen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten. Im Anschluss schlägt er den Staats- und Regierungschefs der EU einen Kandidaten vor. Der Europäische Rat entscheidet dann, welcher Kandidat vorgeschlagen wird

#4

Juli

Das EU-Parlament wählt den Kommissionspräsidenten

#5

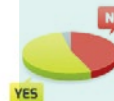


August bis September

Die Mitgliedsstaaten schlagen designierte EU-Kommissare vor. Anhörung der designierten Kommissare vor den Ausschüssen des Europaparlaments

#6

#7



Oktober bis November

Abstimmung des Europaparlaments über die neue EU-Kommission

**Amtseinführung
der neuen Kommission**

Quellen:

Europäisches Parlament/Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, Art. 17.7/Erklärung 11 im Vertrag von Lissabon



Ausnahmestandard an der Tankstelle: „Reihen Sie sich bitte hinten an!“ – „Geht nicht, da steht schon einer.“



DER
PREIS IST
HEISS

Wenig preisverdächtig

TEXT Axel vom Schemm

Die Deutschen sind Meister des Sparens – so weit das Klischee. Die Realität sieht anders aus. Tatsächlich ist die Kauflaune hierzulande so gut wie seit 2007 nicht mehr. An den Zapfsäulen aber kippt die Stimmung der Verbraucher. Für wenige Cent nehmen Autofahrer große Umwege, lange Wartezeiten und nicht selten viel Stress in Kauf. *energie+Mittelstand* beleuchtet ein Phänomen, für das es nun sogar ein eigenes Gesetz gibt.

Stefan ist der Zucker ausgegangen. Blöd, dass er gerade heute einen Kuchen backen will. Gut, dass er sein Smartphone griffbereit hat, auf dem er „Billiger Zucker“ installiert hat. Nachdem das Bundeskartellamt die Zuckerhersteller wegen Preisabsprachen zu einer Rekordstrafe verdonnert hatte, dauerte es nicht lang, bis der Gesetzgeber eingriff. Die Produzenten müssen nun ihre Tarife täglich der Markttransparenzstelle (MTS) melden, von dort gehen sie an App-Anbieter wie „Billiger Zucker“. Stefan freut's: Ein Blick aufs Handy und schon weiß er, wo er die Streusüße am günstigsten kaufen kann.

Er setzt sich ins Auto und quält sich eine Stunde durch den Berufsverkehr zum fünf Kilometer entfernten Supermarkt, wo er noch warten muss – offenbar nutzen auch andere seine App. Wieder zu Hause macht er Kassensturz: 25 Cent weniger als beim Tante-Emma-Laden um die Ecke hat er bezahlt. Die Kosten für den verfahrenen Sprit liegen bei 36 Cent. Knapp anderthalb Stunden Zeit hat er investiert. Die Lust auf Kuchen ist Stefan gründlich vergangen.

Die Zucker-App gibt's natürlich nicht, das verhängte 280-Millionen-Euro-Bußgeld gegen die Hersteller wegen „wettbewerbsbeschränkender Gebiets-, Quoten- und Preisabsprachen“ schon. Natürlich ist es die originäre Aufgabe des Bundeskartellamts, kartellrechtliche Verstöße zu ahnden. Der öffentliche Aufschrei hielt sich beim Zuckerklüngel aber sehr in Grenzen. Erst recht kam niemand die Idee, eine Prüfstelle einzurichten, die dem Verbraucher in Echtzeit Zuckertarife aus allen Supermärkten liefert. So war es auch schon in der Vergangenheit bei

Bier und Kartoffeln, deren Produzenten ins Visier den Fokus der Wettbewerbshüter geraten waren.

Gesetzesänderung ohne Anlass

Ganz anders wird hierzulande mit dem offenkundig hochsensiblen Thema Benzinpreis umgegangen. Für den Kraftstoffmarkt mussten tatsächlich ein Gesetz und die zugehörige MTS her, um dem vermeintlichen Preistreiben der Mineralölkonzerne Einhalt zu gebieten. Kurios ist: Hier hat nicht, wie man erwarten sollte, eine entsprechende Beanstandung der Wettbewerbshüter den Ausschlag gegeben. In seiner „Sektoruntersuchung Kraftstoffe“ von 2011 hatte das Bundeskartellamt keine wettbewerbsfeindlichen Preisabsprachen nachweisen können. Vielmehr folgte die Politik dem öffentlichen Druck, den ADAC, *Bild Zeitung* und andere heraufbeschworen, als sie 2012 zum „teuersten Tankjahr aller Zeiten“ erklärten. Die Diskussion um den Spritpreis war aktuell wie nie, alle redeten mit, und natürlich entdeckte auch das politische Berlin dieses wahlkampfrelevante Thema für sich.

So ergänzte die Bundesregierung das Markttransparenzstellen-Gesetz, das ursprünglich für den Großhandel mit Strom und Gas konzipiert worden war,

HIER GIBT'S DEN SPRITPREIS

Derzeit zugelassene Verbraucher-
Informationsdienste (Stand 4. März 2014)

www.adac.de/tanken

www.clever-tanken.de

www.mehr-tanken.de

www.spritpreismonitor.de

www.spritingong.de

www.tanke-günstig.de

www.sparsamtanken.de

www.benzinampel.de

www.tankentanken.de

www.123tanken.de

www.tankprofi.net

www.tankenbilliger.de

7green (nur als App verfügbar)

Quelle: Bundeskartellamt

um den Passus „Marktbeobachtung im Bereich Kraftstoffe“. Im Eiltempo entstand ein passgenaues Meldesystem, und seit August 2013 sammeln MTS-Leiter Sandro Gleave und sein Team – beheimatet am Bundeskartellamt in Bonn – von Tankstellenbetreibern alle Preisänderungen bei Super E5, Super E10 und Diesel. Und zwar in Echtzeit. Die MTS gibt die Preisdaten an Infodienste weiter, die ihre

WANN SICH EIN UMWEG LOHNT



Preisdifferenz (Ausgangswert 1,50 Euro/l)	Verbrauch	Umweg	Getankte Menge	Ersparnis (Spritpreis)	Ersparnis (Vollkosten)*	
3 Cent	8l /100 km	2 km	20l	0,60 Euro	- 0,24 Euro	☹
3 Cent	8l /100 km	2 km	40l	1,20 Euro	0,36 Euro	☺
3 Cent	8l /100 km	2 km	60l	1,80 Euro	0,96 Euro	☺
3 Cent	8l /100 km	4 km	20l	0,60 Euro	- 1,08 Euro	☹
3 Cent	8l /100 km	4 km	40l	1,20 Euro	- 0,48 Euro	☹
3 Cent	8l /100 km	4 km	60l	1,80 Euro	0,12 Euro	☺
3 Cent	8l /100 km	8 km	20l	0,60 Euro	- 2,76 Euro	☹
3 Cent	8l /100 km	8 km	40l	1,20 Euro	- 2,16 Euro	☹
3 Cent	8l /100 km	8 km	60l	1,80 Euro	- 1,66 Euro	☹
5 Cent	8l /100 km	2 km	20l	1,00 Euro	0,16 Euro	☺
5 Cent	8l /100 km	2 km	40l	2,00 Euro	1,16 Euro	☺
5 Cent	8l /100 km	2 km	60l	3,00 Euro	2,16 Euro	☺
5 Cent	8l /100 km	4 km	20l	1,00 Euro	- 0,68 Euro	☹
5 Cent	8l /100 km	4 km	40l	2,00 Euro	0,32 Euro	☺
5 Cent	8l /100 km	4 km	60l	3,00 Euro	1,32 Euro	☺
5 Cent	8l /100 km	8 km	20l	1,00 Euro	- 2,36 Euro	☹
5 Cent	8l /100 km	8 km	40l	2,00 Euro	- 1,36 Euro	☹
5 Cent	8l /100 km	8 km	60l	3,00 Euro	- 0,36 Euro	☹
7 Cent	8l /100 km	2 km	20l	1,40 Euro	0,56 Euro	☺
7 Cent	8l /100 km	2 km	40l	2,80 Euro	1,96 Euro	☺
7 Cent	8l /100 km	2 km	60l	4,20 Euro	3,36 Euro	☺
7 Cent	8l /100 km	4 km	20l	1,40 Euro	- 0,28 Euro	☹
7 Cent	8l /100 km	4 km	40l	2,80 Euro	- 1,12 Euro	☹
7 Cent	8l /100 km	4 km	60l	4,20 Euro	1,52 Euro	☺
7 Cent	8l /100 km	8 km	20l	1,40 Euro	- 1,96 Euro	☹
7 Cent	8l /100 km	8 km	40l	2,80 Euro	- 0,56 Euro	☹
7 Cent	8l /100 km	8 km	60l	4,20 Euro	0,84 Euro	☺

* Bei der Vollkostenbetrachtung werden Reifenabrieb, Wertverlust des Fahrzeugs, kürzere Wartungsintervalle pauschal mit 30 Cent/km sowie der Spritverbrauch für die längere Fahrstrecke einbezogen. Nicht berücksichtigt sind alle Zeitverluste durch Umwege und diverse Wartephase. **Quelle:** Eigene Berechnungen; www.kraftstoffweb.de

Internetseiten oder Apps damit speisen (vgl. „Hier gibt's den Spritpreis“). Was für den verhinderten Kuchenbäcker Stefan noch Vision war, ist für Autofahrer in Deutschland Wirklichkeit geworden.

Und obwohl noch niemand nachweisen konnte, dass die Benzinpreis-Apps tatsächlich beim Sparen helfen, stoßen sie bei den Verbrauchern auf reges Interesse. Rund jeder vierte deutsche Autofahrer gab in einer Allensbach-Befragung an, das Angebot bereits genutzt und die Benzinpreise von Tankstellen in der eigenen Umgebung über Internet oder Apps verglichen zu haben. Besonders bei Männern und Jüngeren ist die Resonanz auf die Benzinpreis-Apps riesig.

Wen wundert es, scheint doch das Bestreben, möglichst billig zu tanken, ein Volkssport zu sein, wie es der Journalist und Wirtschaftsexperte Henning Krumrey erklärt (mehr auf Seite 13). Geld sparen zu wollen, ist natürlich völlig legitim. Die Suche nach der preisgünstigsten Zapfsäule treibt aber seltsame Blüten. Statt wirklichem Sparwillen steht offenbar eher die Absicht dahinter, um jeden Preis die günstigste Zapfsäule zu finden; User entsprechender Internetforen führen sogar akribisch Buch und stellen Statistiken zu budgetschonenden Tageszeiten und Wochentagen auf. Eine Rolle spielen nach Expertenmeinung auch die meterhohen und weithin sichtbaren Preistafeln an der

Tankstelle selbst. „Neben der Gastronomie ist der Tankstellenmarkt die einzige Branche, die ihre Preise dermaßen prominent auszeichnen muss“, sagt UNITI-Vorstandsvorsitzender Udo Weber, der darin einen Grund für die Preissensibilität vermutet (lesen Sie dazu auch das Editorial auf Seite 3).

Preistafeln: Übergröße per Gesetz

Konsumexperte Rolf Bürkl vom Marktforscher GfK stützt diese Ansicht nicht nur, er schreibt den übergroß dargebotenen Tarifen für Benzin und Diesel – in dieser Form durch die Preisangabenverordnung vorgeschrieben – sogar große Auswirkungen auf die Stimmung der Verbraucher zu. „Das liegt daran, dass das sehr öffentliche Preise sind. Man kann ja beim Vorbeifahren an den Tankstellen ständig beobachten, wie sie sich entwickeln“, sagte Bürkl in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa. Die Benzinpreise spielten daher eine sehr wichtige Rolle dafür, wie die Bevölkerung die generelle Preisentwicklung und die Inflation einschätze. Diese Einschätzung wiederum hat Einfluss auf die Kauflust der Menschen. Stimmt diese These, kann es um die Spritpreise nicht so schlimm bestellt sein, wie ADAC und Co. es gern darstellen. Denn laut GfK-Konsumklima-Index ist die Kauflaune der Deutschen so gut wie seit sieben Jahren nicht mehr.

Dennoch: Bei vielen Autofahrern lautet das Motto beim Tanken offenbar: „Sparen! Koste es, was es wolle“. Fast zwei Drittel der Befragten gaben in der erwähnten Allensbach-Studie an, auf den Benzinpreis zu achten und sich regelmäßig oder zumindest gelegentlich für eine Tankstelle zu entscheiden, bei der der Sprit günstiger ist als bei der Konkurrenz. Und das selbst dann, wenn sie dadurch einen Umweg in Kauf nehmen müssen. Was die meisten dabei vergessen: Häufig rechnet sich unter dem Strich die Mühe kaum – erst recht nicht, wenn man eine Vollkostenrechnung anstellt (vgl. Tabelle „Wann sich ein Umweg lohnt“).

Fragwürdig wird der exzessive Preisvergleich beim Tanken spätestens dann, wenn man den Fokus weiter aufzieht. Eine Stichprobe der Kraftfahrt-Überwachungsorganisation an 100 deutschen Waschstraßen ergab: Die Reifen



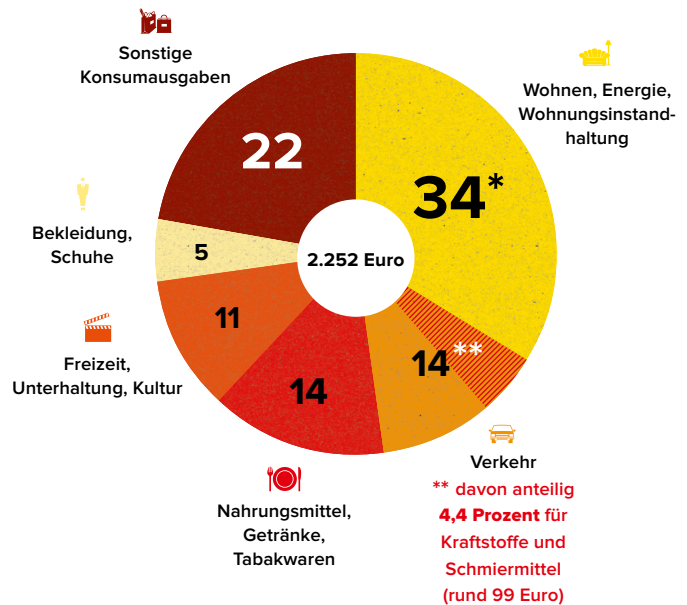
„An Tankstellen sind die Kraftstoffpreise so auszuzeichnen, dass sie 1. für den auf der Straße heranfahrenden Kraftfahrer, 2. auf Bundesautobahnen für den in den Tankstellenbereich einfahrenden Kraftfahrer (...) deutlich lesbar sind.“

Preisangabenverordnung (PAngV), Paragraph 8(1)

WOFÜR DIE DEUTSCHEN 2011 IHR GELD AUSGABEN

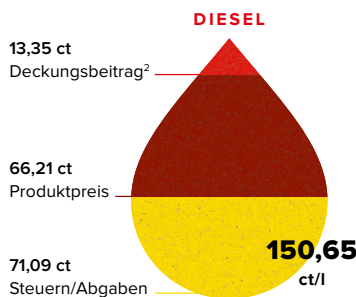
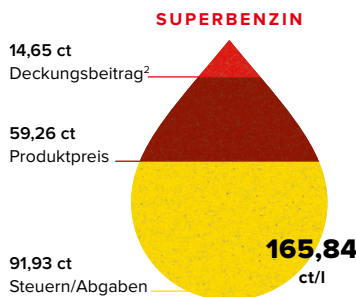
* Anteile in Prozent

Quelle: Laufende Wirtschaftsrechnungen, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013



DER STAAT KASSIERT MIT

Wie sich der Spritpreis in Deutschland zusammensetzt¹



¹ Quelle: MWV, Stand Oktober 2012

² Deckungsbeitrag beinhaltet unter anderem Kosten für Transport, Lagerhaltung, gesetzliche Bevorratung, Verwaltung, Vertrieb sowie seit Januar 2007 Kosten für Biokomponenten und die Beimischung

an jedem dritten Pkw hierzulande haben nicht mehr ausreichend Profil, mindestens jedes fünfte Auto fährt mit zu geringem Luftdruck. Beides ist nicht nur gefährlich, sondern treibt auch den Verbrauch in die Höhe. Elektronische Spritfresser laufen zudem oft im Dauerbetrieb: die Klimaanlage bei heruntergelassenen Scheiben, die Sitzheizungen bei zehn Grad plus.

Verschwendung, wohin man schaut

Und wie sieht es sonst so aus mit dem Sparsinn? In manchem Wohnzimmer leuchten Energiesparlampen, während im Keller am Heizkessel rund um die Uhr eine alte 80-Watt-Umwälzpumpe wummert. Manch einer duscht ausgiebig, auch wenn ein vorsintflutlicher Durchlauf-erhitzer das heiße Wasser erzeugt. Wen stört es auch? Die Mehrheit der Deutschen kenne schließlich weder den eigenen Jahresstromverbrauch noch den Preis für die Kilowattstunde Strom, berichtet Peter Blenkins, Energieexperte der Verbraucherzentrale NRW.

Doch damit nicht genug: Etwa 7,9 Millionen Deutsche sind laut einer Untersuchung von Deloitte Mitglied in einem der rund 7.500 Fitnessstudios – zwei Millionen davon zahlen Beitrag, gehen aber nie hin. Im Schnitt hat jeder Bundesbürger sechs Versicherungen abgeschlossen. Dem Gesamtverband der

Deutschen Versicherungswirtschaft nach ist rund ein Drittel davon überflüssig. 2012 ermittelte das Verbraucherschutzministerium, dass jeder Deutsche pro Jahr fast 82 Kilogramm einwandfreier Lebensmittel in den Müll wirft. Nur beim Tanken, da zählt jeder Cent.

Mit Blick auf solche Fakten und auf die Zusammensetzung der Spritpreise (vgl. Grafik „Der Staat kassiert mit“) stünde Medien wie Politik mehr Sachlichkeit in der Debatte um Benzinpreise gut zu Gesicht. Auch deshalb, weil moderne Tankstellen vor allem in ländlichen Gebieten wichtige Nahversorger und weit mehr als bloße Zapfstationen sind. Ein Aspekt, der vielen Autofahrern vielleicht am Ende doch wichtiger ist als der Preis? Das legt zumindest die Untersuchung „Benzinpreismeldestelle und Tankstellen-Marketing 2013“ der Universität St. Gallen nahe. Von 9.000 befragten Tankstellenbetreibern war die Mehrheit überzeugt, dass günstige Kraftstoffpreise allein nicht den Ausschlag für die Nutzung einer bestimmten Zapfstation geben. Andere Faktoren wie Bonuspunkte, Tankkarten, eine angeschlossene Waschstraße oder das Shopangebot seien bei der Wahl entscheidend. Wofür braucht es dann eine Markttransparenzstelle und Benzinpreis-Apps? Wie heißt es bei Shakespeare? Viel Lärm um nichts. ■

Dallas in Baden- Württemberg



Prägen bald Pferdekopfpumpen die Landschaft rund um das beschauliche Wiesloch?

Michael Suana, Geschäftsführer der Firma Rhein Petroleum, präsentierte kürzlich im Technischen Ausschuss der Stadt seine Pläne, auf dem angrenzenden ehemaligen Ölfeld „Rot“ die Förderung wieder aufzunehmen. Erschlossen wurde das Areal in den 1930er-Jahren; seine Blütezeit hatte es zwischen 1953 und 1963, als rund 62.000 Tonnen Erdöl an die Oberfläche gelangten. Mit verbesserten Bohrmethoden könne Rhein Petroleum nun auch diesem Altfeld wieder neues Leben einhauchen,

glaubt Suana. Außerdem sei nicht auszuschließen, dass sich unter dem bekannten noch ein weiteres Ölvorkommen befinde. Und das Ganze wäre sogar noch umweltschonend: „Die Ökobilanz einheimisch geförderten Öls ist gegenüber importiertem Rohöl bedeutend besser“, sagte Suana der *Rhein-Neckar-Zeitung*. Probebohrungen sollen nun zeigen, ob sich der Betrieb wirtschaftlich lohnt. Sollte sich die Stadtspitze bereits auf sprudelnde Zusatzeinnahmen gefreut haben: Daraus wird in keinem Fall etwas. Denn Bodenschätze gehören grundsätzlich dem Land. ■

Stockender Trassenbau

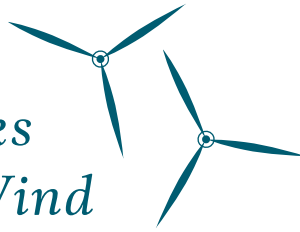
Nicht nur am Handy: Deutsche haben zu wenig Netz

Deutschland verzichtet auf Atomstrom zugunsten regenerativ erzeugten Stroms. Das ist politischer Konsens – so weit, so gut. Hinderlich ist aber, wenn die vor allem mit Windkraft produzierte Energie gar nicht erst in den heimischen Steckdosen ankommt. „Der stockende Ausbau des deutschen Stromnetzes gefährdet die Energiewende“, bringt es *Spiegel Online* auf den Punkt und zitiert aus dem Monitoring-Bericht der Bundesnetzagentur: 1.855 Kilometer an neuen Trassen werden laut Bundesregierung kurzfristig benötigt – gebaut wurde 2013 exakt kein einziger. Der Neubau scheitert oft am Widerstand der Anwohner. Am Netzausbau führt aber kein Weg vorbei, um den Strom aus dem windreichen Norden in die südlichen Großstädte zu transportieren, wo der Elektrizitätsbedarf besonders hoch ist. Und eine schnelle Besserung ist nicht in Sicht, glaubt man der zurückhaltenden Prognose der Regulierungsbehörde für das Stromnetz: „Bei realistischen Schätzungen ist davon auszugehen, dass bis 2016 nur etwa 50 Prozent erreicht werden.“ ■



BRISEN-KRISEN

Offshore-Windparks konkurrieren um Wind



Die Idee, Windräder auf offenem Meer zu installieren, scheint optimal, herrscht doch dort fast immer eine kräftige Brise. Woran angesichts geplanter 5.000 neuer Offshore-Parks aber niemand gedacht hat, ist, dass diese sich gegenseitig den Wind wegnehmen. Denn Windparks mit 80 Rädern und mehr verändern die Strömungsverhältnisse der Luft, sie graben sich gegenseitig das Wasser oder präziser: die Luft ab. Wissenschaftler rechnen mit Leistungseinbußen bis zu 33 Prozent. Das senkt nicht nur die Nennleistung und schmälert den Gewinn der Betreiber. Die Rotorblätter, die eine Fläche von der Größe eines Fußballfelds abdecken, erzeugen auch heftige Turbulenzen. Treffen die auf die Rotorblätter des nächsten Windparks, schütteln sie Getriebe und Generator ordentlich durch – eine höhere Reparaturanfälligkeit scheint programmiert. —

Erneuerbare



SCHADET BIOGAS DER UMWELT?

Im Disput um Biogas herrscht dicke Luft zwischen dem Spiegel und der Deutschen Energie-Agentur (dena). Das Nachrichtenmagazin hatte Verbraucherschützer zitiert, die aus ökologischen Gründen vom Heizen mit Biogas abrieten. Methanogas aus Mais- und Pflanzenresten bringe laut einer Studie des ifeu-Instituts für Energie- und Umweltforschung wenig Vorteile für die Natur. Werde das Gas nur zum Heizen genutzt, sei die Bilanz der Treibhausgasemissionen schlecht. Das führt in die Irre, entgegnet die dena: „Richtig ist, dass die Nutzung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen am effizientesten ist, weil hier sowohl Wärme als auch Strom erzeugt werden. Aber auch dann, wenn

Biomethan nur zum Heizen genutzt wird, birgt es Vorteile gegenüber fossilen Energieträgern, insbesondere wenn dabei Biogas aus Rest- und Abfallstoffen zum Einsatz kommt“, erklärt die dena. Und erhält Widerspruch vom Umweltbundesamt. Das fordert gemeinsam mit der EU-Kommission, die Düngeverordnung zu verschärfen. Werde Biomethan auf Basis von Mais produziert und ständen die Anlagen in Gebieten mit viel Viehzucht, führe das zu überhöhten Nitratwerten im Grundwasser. Denn die umliegenden Felder werden nicht nur durch Gülle aus den Ställen, sondern auch durch Gärreste aus den Anlagen belastet. —

UND DANN WAR DA NOCH



DIE VOLL-AUTOMATISIERTE STADT

Hollywood-Star **Will Smith** (Foto) durfte im Film „I, Robot“ schon einmal einen Vorgeschmack bekommen, wie es ist, in selbstfahrenden Autos von A nach B zu kommen. Im Chicago des Jahres 2035 – eine vollautomatisierte Stadt – ist das nämlich längst Wirklichkeit. Die Realität hinkt da noch ein wenig hinterher. Selbst wenn Google mit einem Autoroboter durch Kalifornien fährt und Mercedes auf der IAA 2013 das Video einer sich selbst lenkenden S-Klasse präsentierte, kommt am Fahrer heutzutage keiner vorbei. Peter Sweatman, Direktor des Mobility Transformation Center im US-Bundesstaat Michigan, will das ändern und tüfelt an einer automatisierten Fahrzeugflotte. Als Labor dient Ann Arbor, eine Großstadt bei Detroit. Laut Sweatman soll sie bis 2021 die weltweit erste Stadt mit selbstfahrenden Autos im Nahverkehr werden. Neben der technologischen Umsetzung muss dafür eine hohe Hürde gemeistert werden: Das Gesetz fordert, dass immer eine Person im Auto sitzt, um im Notfall eingreifen zu können.

GROSSANGRIFF

27.00000

Haushalte, darunter sechs Millionen mit Ölheizung, wären von einer höheren Steuer auf die Wärmeträger Öl und Gas betroffen. Die hatte der neue Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth, angeregt, als er noch Präsident des Umweltbundesamts war. Man darf gespannt sein.

NORDISCH BY NATURE

TEXT Frank Burger

FOTOS Lühmann KG

Wachsen ja, aber nicht um jeden Preis: Nach diesem Grundsatz hat sich die Lühmann KG aus Hoya zu einem der erfolgreichsten mittelständischen Mineralölunternehmen Deutschlands entwickelt – verwurzelt in der Region und einer mehr als 130-jährigen Tradition.

Im Norden redet man nicht viel. Aber auf die Worte ist Verlass. Fritz Lühmann, Geschäftsführer des Mineralölunternehmens Lühmann KG aus dem niedersächsischen Hoya, sagt: „Vertrauen und Erfolg durch partnerschaftliches Handeln – das ist unser Firmenslogan.“ Das Motto ist Strategie: Der Mittelständler hat den klassischen Mineralölhandel in spezialisierte Geschäftsbereiche aufgeteilt – im Unterschied zu den Wettbewerbern, die meist reine Handelsbetriebe sind und höchstens ihre Tankstellen oder Immobilien ausgliedern. Zur Lühmann-Gruppe gehören unter dem Markennamen „Classic“ mehr als 100 Tankstellen und ein Schmierstoffhandel, eine Betriebsgesellschaft für Tankstellen, ein Mineralölvertrieb und ein Autohaus. Jeden Bereich leitet ein Geschäftsführer oder Prokurist, der eigenverantwortlich

agieren darf, besser gesagt: soll. „Ich verstehe mich in erster Linie als Sparringspartner der Leiter. Natürlich kontrolliere ich die Zahlen und das Abschneiden der Bereiche, aber ansonsten arbeiten sie selbstständig“, sagt Lühmann.

Der 61-Jährige führt das Familienunternehmen in der fünften Generation, 1994 übernahm er die Leitung von seinem Vater. Seine Schwester trat 2003 aus der Geschäftsführung aus und nimmt seitdem ihre Aufgaben als Gesellschafterin wahr. Gegründet wurde die Firma 1882 von Lühmanns Urgroßvater Fritz Lühmann als Handlung für landwirtschaftlichen Bedarf. Von seinem Ahnen hat der aktuelle Firmenchef nicht nur den Vornamen geerbt, sondern auch die bodenständige Einstellung: „Wir hier auf dem Land waren nie die Superunternehmer, aber jede Generation hat noch



Ein Hauch von Metropole:

Die moderne Fassade des Unternehmenssitzes an der Lange Straße im beschaulichen Hoya.

TANKSTELLEN IM

EIGENBETRIEB



Eine Besonderheit innerhalb der Lühmann KG ist die eigenständige Lühmann Tankstellen Betriebs GmbH & Co. KG. Das Unternehmen, das vor elf Jahren gegründet wurde, führt mittlerweile zehn Classic-Tankstellen und beschäftigt fast 100 Mitarbeiter. Den Vorteil des Modells schildert Geschäftsführer Fritz Lühmann: „Indem wir selbst als Betreiber agieren, kennen wir das gesamte Tankstellengeschäft von A bis Z. Wir können neue Produkte und Verkaufskonzepte testen, Strategien entwickeln und unsere Erfahrungen an die Pächter weitergeben.“

etwas draufgepackt, sodass die folgende einen Schritt weiter gehen konnte.“ Das ist norddeutsche Zurückhaltung. Denn in den vergangenen zehn Jahren hat die KG mit rund 250 Mitarbeitern ihren Umsatz stetig gesteigert, von 140 Millionen Euro auf gut 400 Millionen Euro im Jahr 2013.

Wichtigstes wirtschaftliches Standbein sind die Classic-Tankstellen. Die Preise für Benzin oder Diesel an den markant schwarz-gelben Stationen legt das Unternehmen nach einem einfachen Prinzip fest: einen Cent günstiger als bei den großen Marken. Ansonsten folgt Lühmann auch in dieser Sparte dem Konzept, mit dem sich das Unternehmen von der Konkurrenz abhebt: „Wir machen nur das Kraftstoffgeschäft selbst“, sagt Fritz Lühmann, „alle anderen Bereiche obliegen dem Pächter als selbstständigem Unternehmer. Wir sind überzeugt, dass er mit der größtmöglichen Freiheit auch den größten Erfolg erzielen kann. Wenn er Fragen hat oder Beratung braucht, stehen wir gern zur Verfügung, aber wir mischen uns nicht ins Tagesgeschäft ein.“

„Wir machen ein Geschäft nach dem anderen.“

Fritz Lühmann, Geschäftsführer des Mineralölunternehmens Lühmann KG, zur Philosophie „Expansion, aber bedacht“.

Das kommt bei den Pächtern gut an: 2013 wurde Classic von den Lesern des Branchenmagazins *tankstelle* zum fünften Mal in Folge zur besten Mineralölgesellschaft Deutschlands gewählt. Kein Wunder, dass regelmäßig aus der ganzen Republik Anfragen potenzieller Pächter eingehen, die gern eine Classic-Tankstelle übernehmen würden. Allerdings ist die Warteliste lang, Classic-Tankstellen werden selten frei. „Interessanter sind für uns selbstständige Unternehmer, deren Markenvertrag ausläuft und die zu uns wechseln wollen“, sagt Lühmann. So kommen jährlich drei bis vier neue Tankstellen hinzu, ohne dass die Firma Akquise betreibt. Auf 116 Stationen ist das Netz angewachsen. Das Gros ist in Norddeutschland, aber auch im Rhein-Main-Gebiet gibt es rund 20 und eine im Schwarzwald. Im

Geschäftsbereich Schmierstoffe stehen die Zeichen ebenfalls auf Wachstum: Vergangenes Jahr hat Lühmann gemeinsam mit einem Partnerunternehmen am Firmensitz Hoya sechs Millionen Euro in „eines der modernsten Lager für Schmierstoffe in Norddeutschland“ investiert. „Wir können jetzt problemlos mehr als fünf Millionen Liter Schmierstoffe lagern, weit über 1.000 Produkte auf Vorrat halten und innerhalb von 48 Stunden in ganz Deutschland ausliefern – und 2015 werden wir die Lieferzeit auf 24 Stunden senken“, sagt Lühmann.

Wachstum nur mit Augenmaß

Expansion, aber bedacht – das ist der Lühmann-Weg. „Wir machen ein Geschäft nach dem anderen. Bei uns wachsen die Bäume nicht in den Himmel“, sagt er. Die Wurzeln sind es, die zählen. Das Unternehmen residierte immer in Hoya, einziger Standortwechsel war ein Umzug in der gleichen Straße in den 1930er-Jahren. Für die Menschen des Orts mit knapp 3.800 Einwohnern ist die Firma ein bedeutsamer Arbeitgeber – und diese Menschen sind Lühmann wichtig.

„Die Mitarbeiter sind das Rückgrat des Unternehmens, deshalb kümmern wir uns um sie“, sagt Lühmann. Das geht beim Nachwuchs los: Jedes Jahr stellt das Unternehmen zwei Azubis ein, die auch übernommen werden. Zudem darf jeder Mitarbeiter pro Jahr drei Semintage für Weiterbildung in Anspruch nehmen. Und wenn jemand eine persönliche Fortbildung zum Handelsfachwirt oder Betriebsfachwirt machen will, übernimmt die Firma alle Kosten. Und statt Weihnachtsgeld zahlt Lühmann eine Gewinnbeteiligung, die teilweise deutlich höher ausfällt als die übliche Jahresendprämie. Entsprechend wohl fühlt sich die Beleg-

schaft: „Von sich aus verlässt uns nur sehr selten ein Mitarbeiter. Und bevor wir jemanden entlassen, muss schon richtig viel passieren“, sagt der Chef. Tabu sind allerdings Verstöße gegen das Firmenleitbild. „Dazu gehört das Prinzip der Menschlichkeit: Wir gehen offen, ehrlich und verlässlich miteinander um. Wer beispielsweise Mitarbeiter schwer unter Druck setzt, hätte bei uns keine Zukunft.“

Klare Worte – so wie der Punkt des Unternehmensleitbildes, der wohl am besten ausdrückt, dass sich die Firma der Region verbunden fühlt: „Einfach göttlich, der Norden“.



Breite Produktpalette:

Seniorchef Fritz Lühmann (o.) hält einen kurzen Draht zu seinen leitenden Angestellten: „Ich verstehe mich in erster Linie als ihr Sparringspartner.“ Das Tankstellennetz der Firma beträgt heute 116 Stationen.





Wer macht Quartier?

TEXT Matthias Schatz

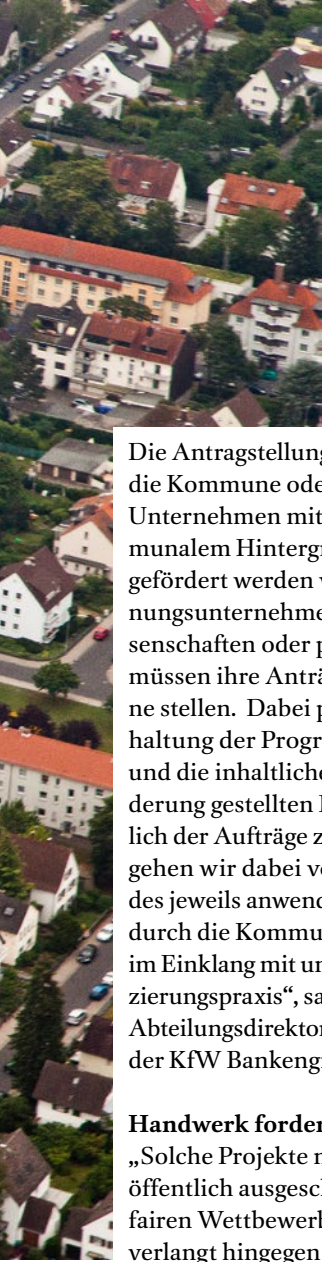
Schwarz-Rot will laut Koalitionsvertrag die dezentrale Strom- und Wärmeversorgung von kleineren Stadtquartieren stärken. Dazu will sie das KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ fortschreiben. Profitieren dürften davon vor allem kommunale Unternehmen.

Es hört sich schön an. „Impulse für mehr Energieeffizienz im kommunalen Bereich“ sollen durch das KfW-Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“ gesetzt werden. Damit werde der „Sanierungsprozess auf eine viel breitere städtebauliche Basis“ gestellt, lobte vor fast genau zwei Jahren der damalige Verkehrs- und Bauminister Peter Ramsauer (CSU). „Dabei kommt dem Ausbau von Wärmenetzen und der Errichtung

von effizienten KWK-Anlagen als energiesparende, umweltschonende und dezentrale Energiesysteme eine wesentliche Bedeutung zu“, konkretisierte Axel Nawrath, Vorstandsmitglied der KfW Bankengruppe, die Investitionen mit zinsgünstigen Darlehen fördert.

Bis Ende 2013 hat die weltgrößte Förderbank nach Angaben ihrer Pressestelle knapp 300 Projekte mit 14,4 Millionen Euro an Zuschussmitteln gestützt.

„Der überwiegende Teil wurde erwartungsgemäß zur Förderung von integrierten Konzepten zugesagt“, berichtet Kay Pöhler, KfW-Programm-Manager für die „Energetische Stadtsanierung“. Nur 19 seien schon einen Schritt weiter und hätten Zusagen für ein Sanierungsmanagement erhalten. Das Programm ist laut KfW in allen Bundesländern angenommen worden, besonders in Baden-Württemberg, Sachsen und Niedersachsen.



←
Wärme künftig nur noch aus dem Nahversorgungsnetz oder der KWK-Anlage? Das KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ eröffnet neue Chancen – vor allem den meist verschuldeten Kommunen.

„Solche Projekte sollten öffentlich ausgeschrieben werden, denn sie umfassen Leistungen, die in die freie Wirtschaft gehören.“

Andreas Müller, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Sanitär Heizung Klima

Die Antragstellung erfolgt direkt durch die Kommune oder über sie, etwa wenn Unternehmen mit mehrheitlich kommunalem Hintergrund wie Stadtwerke gefördert werden wollen. Auch Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften oder private Eigentümer müssen ihre Anträge über die Kommune stellen. Dabei prüft die KfW die Einhaltung der Programmbedingungen und die inhaltliche Qualität der zur Förderung gestellten Konzepte. „Hinsichtlich der Aufträge zur Konzepterstellung gehen wir dabei von der Einhaltung des jeweils anwendbaren Vergaberechts durch die Kommunen aus. Die erfolgt im Einklang mit unserer sonstigen Finanzierungspraxis“, sagt Michael Schenk, Abteilungsdirektor für Infrastruktur bei der KfW Bankengruppe.

Handwerk fordert fairen Wettbewerb
„Solche Projekte müssen grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden, um fairen Wettbewerb zu gewährleisten“, verlangt hingegen Andreas Müller, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Sanitär Heizung Klima (ZVSHK). Denn sie umfassten planerische und handwerkliche Leistungen, die in die freie Wirtschaft gehörten. „So hingegen kann einfach festgelegt werden, dass beispielsweise die Kommune dazu ein Nahwärmekonzept verwirklicht.“ Eine dezentrale Lösung, an der Fachplaner und Heizungsbauer beteiligt würden, werde dann gar nicht abgefragt. Ähnlich sei dies bei zahlreichen Projekten geschehen. Müller: „Wir verlangen freien und fairen Wettbewerb. Bürger müssen ihr Heizungssystem frei wählen dürfen. Individuelles Heizen stärkt die regionale Wirtschaft und fördert die Versorgungssicherheit.“

Andreas Lücke, Hauptgeschäftsführer des Bundesindustrieverbands Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH), meint: „Wenn Quartierssanierungen wirtschaftlich

sind und die beteiligten Parteien ihnen freiwillig zustimmen, ist dagegen nichts einzuwenden.“ Der BDH halte aber den Rechtsweg nicht für ausgeschlossen, wenn Quartierssanierungen mit Ordnungsrecht durchgesetzt würden oder es zu Anschlusszwängen komme.

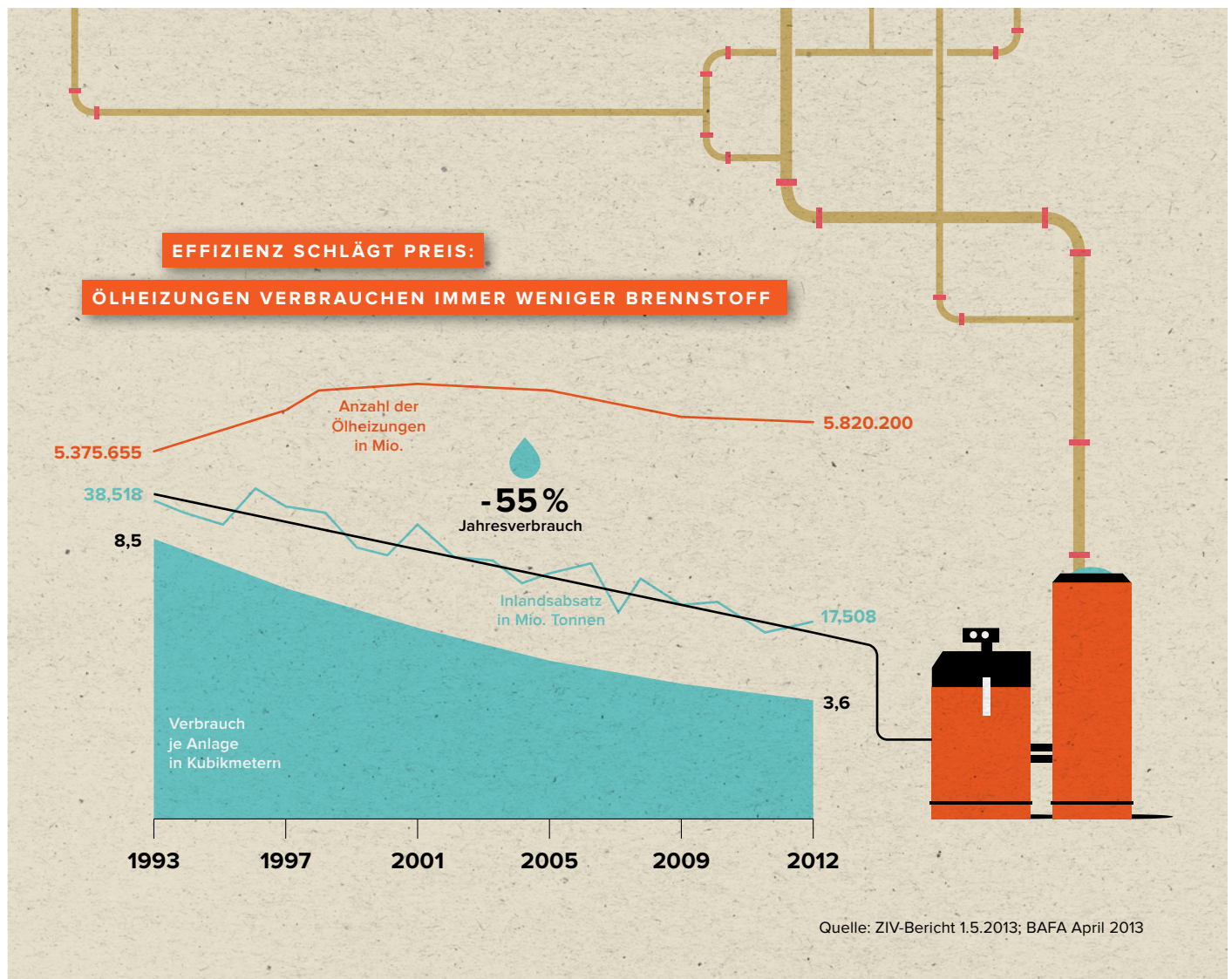
7 Prozent der Zusagen mit einem Volumen von rund einer Million Euro sind laut KfW für Sanierungsmanager ausgegeben worden, die die Umsetzung planen. „In einem Quartier agieren verschiedene, sehr unterschiedliche Akteure“, sagt Pöhler. Dazu zählten neben Kommunen auch Hausbesitzer und Wohnungsgesellschaften, Handwerksbetriebe, Einzelhändler oder Träger von Schulen und Kindergärten. „Der Sanierungsmanager soll sie alle unter einen Hut bringen.“ Das sei noch wichtiger als energetisches Know-how.

Als Sanierungsmanager wirkten oftmals Sanierungsträger oder kleinere Büros, zuweilen auch Gesellschaften, die aus Architekten und Energieplanern bestünden, erklärt Pöhler. Ihre weiteren Aufgaben laut KfW: einzelne Prozessschritte für die übergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung wichtiger Akteure initiieren, Sanierungsmaßnahmen koordinieren und kontrollieren sowie als Anlaufstelle für Fragen der Finanzierung und Förderung zur Verfügung stehen.

Freilich agiert der Sanierungsmanager, dessen Tätigkeit mit höchstens 150.000 Euro gefördert wird, auch im Auftrag der jeweiligen Kommune. Sogar

Beschäftigte einer Kommune oder eines kommunalen Unternehmens dürfen den Job machen. Den Eigenanteil von 15 Prozent an der Bezahlung kann die Kommune zudem unter bestimmten Voraussetzungen erbringen, indem sie einen weiteren Mitarbeiter zusätzlich für die Aufgabe des Sanierungsmanagements freistellt. Andreas Müller vom ZVSHK meint, auch die Aufgabe des Sanierungsmanagers sollte öffentlich ausgeschrieben werden. „Da kommt es auch immer auf dessen fachlichen Hintergrund an.“ Habe dieser sich mehr mit Bauangelegenheiten befasst, werde er sich anlagetechnischen Lösungen eher verschließen und umgekehrt.

Einspruchsrecht ein zahnloser Tiger?
KfW-Produktmanager Pöhler hat nach eigener Aussage bislang nicht von Fällen gehört, wo sich Firmen benachteiligt gefühlt haben. Und Abteilungsdirektor Schenk ergänzt, die Länder könnten zudem überprüfen, ob das Vergaberecht von den Kommunen eingehalten worden sei. „Wenn sich ein Bieter benachteiligt fühlt, kann er überdies bei der Vergabekammer des jeweiligen Landes eine Prüfung beantragen.“ Teilt die Kammer seine Einschätzung, stehe dem Handwerksbetrieb Schadensersatz zu oder es gibt ein neues Vergabeverfahren – zumindest in der Theorie. Aber welcher freie Unternehmer hat schon Zeit und Geld, sich auf juristische Streitereien mit der Kommune einzulassen? ■



Eine Sensation, die keine ist

SEK DANK EFFIZIENTER HEIZTECHNIK BLEIBT ÖL EINE GUTE WAHL

0 — „Heizkosten-Sensation – Millionen Haushalte kriegen Geld zurück“, polterte die *Bild*
 20 — *Zeitung* im Januar auf ihrer Titelseite. Aufhänger war eine Erhebung des Deutschen
 Mieterbunds, nach der Mieter mit Ölheizungen im Keller mit Nebenkostenerstattungen
 40 — rechnen können. Je nach Wohnungsgröße zwischen acht und 15 Euro. Das ist erfreu-
 lich für die Begünstigten – aber keine Sensation. Denn zum einen wird Heizöl eben nicht
 60 — immer teurer – Anfang 2014 lag der Literpreis für den flüssigen Brennstoff sogar rund
 12 Prozent unter dem vom Januar 2012. Zum anderen werden die Anlagen immer effi-
 zienter. So hat sich der Heizölabsatz in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren
 mehr als halbiert, während die Gesamtzahl der Ölheizungen mit knapp sechs Millionen
 etwa konstant geblieben ist. Das wäre doch auch mal eine Schlagzeile wert. (avs) —

Besuchen Sie uns. 3-5 Juni 14'

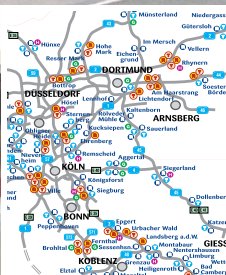
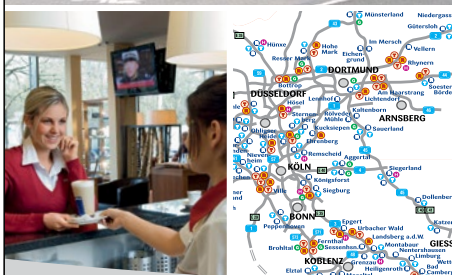
UNITI expo



PWM®

Vielfalt erleben

35 Jahre Erfahrung und Know-how im Bereich elektronischer Preisanzeigen machen uns aus. www.pwm.com



Tank & Rast – die Nr. 1 an deutschen Autobahnen.

Kundenwünsche werden immer individueller. Auch, wenn es um die Pause geht. Oberstes Ziel von Tank & Rast ist es daher, jedem Gast mit bestem Service und attraktiven Angeboten seine Wünsche zu erfüllen und die Pause so angenehm wie möglich zu gestalten. Und das in ganz Deutschland: Unsere rund 740 Tankstellen, Raststätten und Shops stehen den Autobahn-Reisenden sieben Tage die Woche rund um die Uhr zur Verfügung.

Herzlich willkommen zu bestem Service.

Lassen Sie es sich bei uns gut gehen. Ob Sie etwas essen, einkaufen, Ihr Baby wickeln oder eine saubere und hygienische SANIFAIR Toilette nutzen wollen, wir sind gerne für Sie da. Erholen Sie sich bei uns für eine sichere Weiterfahrt.

Wir freuen uns auf Sie!

Unsere starken Marken.



Autobahn Tank & Rast

www.tank.rast.de • www.serways.de • www.sanifair.de





Modern handeln – günstig heizen

Machen Sie den Preisvergleich mit HeizOel24!



- ✓ 500 Heizölhändler im Preisvergleich
- ✓ über 10 Mio. Preisabfragen / Jahr

Markttransparenz
 + Börsenwissen
 = günstige Heizölpreise für über
 10 Mio. Haushalte in Deutschland



HeizOel24.de

☎ 030 - 701 712 30